

- 00
- Leverkusen / Köln IV
- Duisburg Nord
- 130
- 142
- 127
- 149
- 110
- 91
- 132
- 140

2. 1. GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN UND BEZAHLUNG DURCH TARIFBINDUNG?

Guter Journalismus ist auf gute Journalist:innen angewiesen. Deshalb muss der Beruf attraktiv bleiben mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung. Tarifverträge sichern beides. Deshalb ist die Tarifbindung für Medienbetriebe unverzichtbar. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



3. 2. KEINE FÖRDERUNG OHNE TARIFBINDUNG?

Viele Medienunternehmen haben die Tarifbindung aufgegeben oder unterlaufen sie. Damit schaden sie dem Journalismus. Unternehmen ohne Tarifbindung sollten grundsätzlich nicht mehr gefördert werden und das Umsatzsteuerprivileg verlieren. Befristete Ausnahmen kann es nur für Neugründungen geben. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



4. 3. BESSERE BEZAHLUNG FÜR FREIE?

Freie Journalist:innen sind eine wesentliche Säule der Medien. Sie werden aber oft schlecht honoriert. Eine faire Bezahlung für Freie und Vergütungsregeln, die eine angemessene Bezahlung im Sinne des Urheberrechtsgesetzes vorsehen, sind ist daher unverzichtbar. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



5. 4. VERBANDSKLAGERECHT IN DAS URHEBERRECHT?

Urheber:innen müssen angemessen vergütet werden. Um die angemessene Vergütung zu gewährleisten, muss ein Verbandsklagerecht als neues Rechtsinstrument in das Urheberrecht aufgenommen werden. Davon profitieren vor allem auch freie Journalist:innen. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



6. 5. MEHR SCHUTZ GEGEN BEDROHUNG?

Die Pressefreiheit in Deutschland wird zusehends durch radikale Kräfte bedroht. Angriffe und Drohungen gegen Journalist:innen müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen zum Schutz der Kolleg:innen verbessern. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



7. 6. BESSERER INFORMANTENSCHUTZ UND EIN UMFASSENDES ZEUGNISVERWEIGERUNGSRECHT?

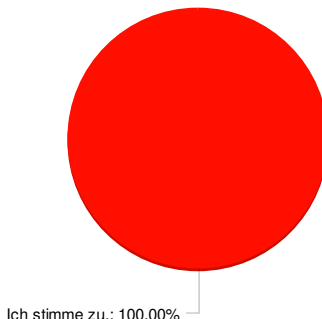
Um unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten ist ein wirksamer Informantenschutz unabdingbar. Journalist:innen brauchen ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht. Nachrichten und Telefongespräche von Journalist:innen dürfen von staatlichen Stellen nicht mitgelesen oder abgehört werden. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



8. 7. BUNDESWEITES FÖRDERPROGRAMM FÜR LOKAL- UND REGIONALJOURNALISMUS?

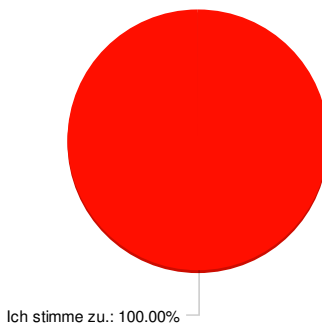
Die Medienvielfalt ist vor allem auf lokaler und regionaler Ebene gefährdet. Es wird ein bundesweites Förderprogramm für lokalen und regionalen Journalismus eingerichtet, um Recherchen, Produktionen und Innovationen sowie Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Die Förderung muss staatsfern organisiert werden und auf Basis formaler Qualitätsstandards allen Verbreitungswegen offenstehen. *

Anzahl Teilnehmer: 23

23 (100.0%): Ich stimme zu.

- (0.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



9. 8. MEHR PERSPEKTIVEN FÜR UNSERE RADIOS IN DER DIGITALISIERUNG?

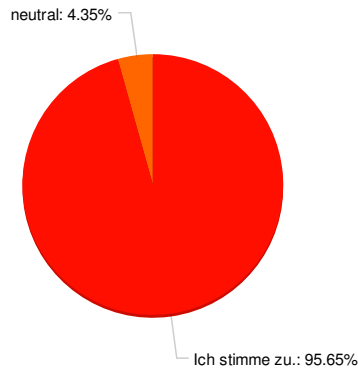
Der Audiomarkt ist so zu gestalten, dass lokale und regionale Radiosender Perspektiven in der digitalen Zukunft haben. Ihre spezielle Informationsleistung muss durch Förderprogramme, bevorzugte Auffindbarkeit auf allen Verbreitungswegen unterstützt werden. Organisationsformen, die gesellschaftliche Partizipation und publizistische Vielfalt ermöglichen (z.B. Zwei-Säulen-Modell NRW, freie Radios, nicht kommerzielle Audioangebote) sind zu erhalten und zu stärken. *

Anzahl Teilnehmer: 23

22 (95.7%): Ich stimme zu.

1 (4.3%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



10. 9. DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK STÄRKEN?

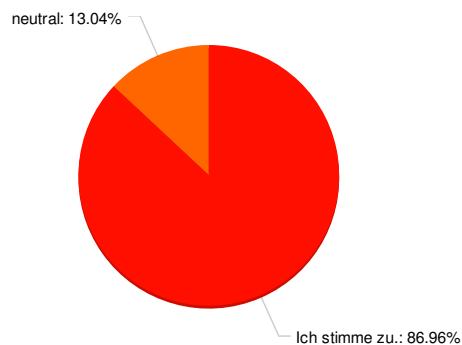
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unerlässlich für unserer Demokratie. Dieser muss deshalb in seiner bestehenden Form erhalten bleiben. Er ist auskömmlich zu finanzieren, um Qualitätsstandards zu garantieren. Die entsprechenden Empfehlungen der unabhängigen KEF¹ zur Anpassung der Rundfunkgebühren sind deshalb in voller Höhe umzusetzen. *

Anzahl Teilnehmer: 23

20 (87.0%): Ich stimme zu.

3 (13.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



11. 10. TENDENZSCHUTZ ABSCHAFFEN?

Der Tendenzschutz für Medienunternehmen ist nicht mehr gerechtfertigt und muss abgeschafft, zumindest aber deutlich eingeschränkt werden. Das stärkt die Mitbestimmung und schafft Transparenz. *

Anzahl Teilnehmer: 23

20 (87.0%): Ich stimme zu.

3 (13.0%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



12. Angenommen, Sie werden gewählt und ziehen in den Bundestag ein. Für welche Forderungen und Ziele auf der vorherigen Seite würden Sie sich (als erstes) stark machen? *

Anzahl Teilnehmer: 23

21 (91.3%): Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung durch Tarifbindung

5 (21.7%): Keine Förderung ohne Tarifbindung

6 (26.1%): Bessere Bezahlung für Freie

1 (4.3%): Verbandsklagerecht in das Urheberrecht

6 (26.1%): Mehr Schutz gegen Bedrohung

11 (47.8%): Besserer Informantenschutz und ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht

11 (47.8%): Bundesweites Förderprogramm für Lokal- und Regionaljournalismus

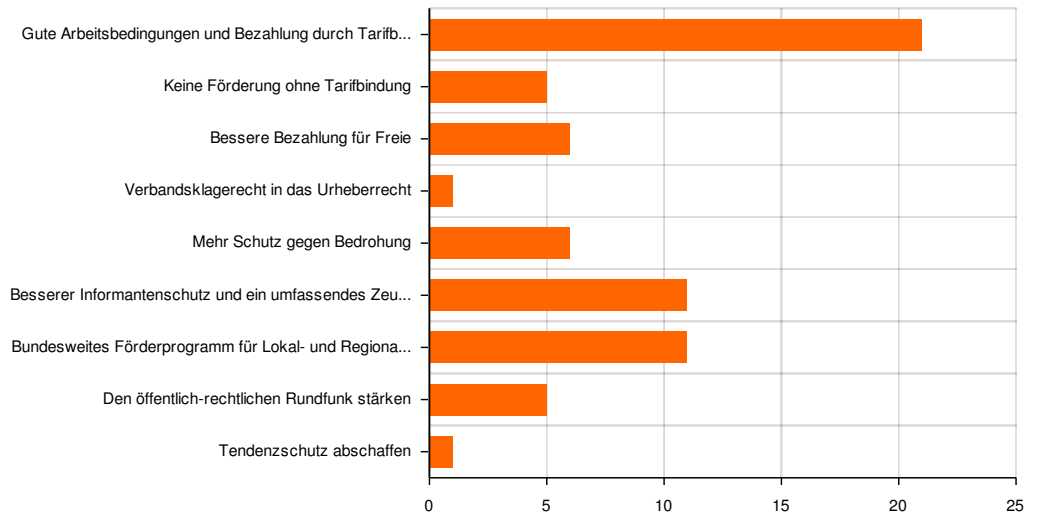
- (0.0%): Mehr Perspektiven für unsere Radios in der Digitalisierung

5 (21.7%): Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken

1 (4.3%): Tendenzschutz abschaffen

- (0.0%): Ich bin mir unsicher.

- (0.0%): Ich strebe die Umsetzung keiner der aufgelisteten Forderungen und Ziele an.



13. Abschließend: Haben Sie weitere medienpolitische Ziele, die sie gemeinsam mit den Abgeordneten im Bundestag umsetzen wollen?

Gibt es außerdem noch etwas, das Sie uns und unseren journalistischen Kolleg:innen vor der Bundestagswahl am 26. September mitteilen möchten?

Anzahl Teilnehmer: 10

- Ich danke Ihnen für ihre Arbeit, dass sie eine vielfältige und lebendige Medienlandschaft gewährleisten und auf viele Missstände aufmerksam machen.

- Mich erschreckt der Mangel an Medienkompetenz in der Bevölkerung. Viele können nicht zwischen Reportage und

Kommentar, zwischen seriösen und unseriösen Formaten unterscheiden und die Algorithmen von Google, Facebook und Co. sorgen dafür, dass sie mehr und mehr nur die Informationen und Meinungen wahrnehmen, die ihre vorgegebene Position bestärken. Ohne eine Regulierung des Online-Geschäfts der Tech-Giganten droht echter Journalismus von Bullshit verdrängt zu werden. Da muss dringend gegengesteuert werden.

- Ja, Art. 5 des Grundgesetzes ist mir sehr wichtig. Denn die Meinungsfreiheit ist für mich ein sehr hohes Gut. Darum lese, höre und sehe ich auch gerne Minderheitsmeinungen jenseits des Mainstreams.
Im Übrigen streite ich für eine Erwerbstätigenversicherung, mit der auch die Freien eine gute Rente im Alter erhalten würden, sowie für eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente, so dass der Satz gelten möge: Niemand soll im Alter in Armut, also aktuell von weniger als 1200 € leben müssen.
- Eine vielfältige Medienlandschaft und guter Journalismus sind Voraussetzung einer umfassenden Meinungs- und Willensbildung und daher essenziell für unsere demokratische Gesellschaft. Doch die Medienwelt ist im radikalen Wandel: Digitalisierung, Konzentrationsprozesse bei Zeitungen und Redaktionen, private Plattformen wie Facebook oder Youtube, die Zunahme von Hassbotschaften und Fake News verändern den öffentlichen Diskurs. Durch die Coronakrise verstärken sich Monopolisierungstendenzen im Medienmarkt und gefährden so die Medien- und Meinungsvielfalt zusätzlich. Die Coronakrise zeigt uns aber auch wie unerlässlich gute journalistische Arbeit ist, um faktenbasiert und sachlich Desinformation entgegenzuwirken. Auch deshalb sind für DIE LINKE. Medien keine Waren und Güter wie andere, sondern auch Kulturgüter, die unser Bedürfnis nach Informationen sachgerecht befriedigen und dadurch eine gesellschafts- und demokratierelevante Funktion innehaben.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag steht für eine vielfältige Medienordnung, zu der neben kommerziellen Anbietern ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk, aber auch nichtkommerzielle Medien gehören. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für die mediale Teilhabe und Grundversorgung unerlässlich. Er muss auf veränderte Mediennutzungen reagieren können, eine journalistisch hohe Qualität aufweisen sowie neben Informationen auch Beratung, Bildung, Unterhaltung und kulturelle Vielfalt bieten. Wir streben eine breite gesellschaftliche Debatte sowohl über die Reformen und den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an wie auch über journalistische Standards im gesamten Mediensystem.

Ob bei privaten oder öffentlich-rechtlichen Medienhäusern, für Bundestagsfraktion DIE LINKE. muss sich die Vielfalt der Gesellschaft in der Personalstruktur und im Programm wiederfinden, damit mehr Lebensrealitäten widerspielt werden. Wir wollen daher gute Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Medien- und Filmbranche schaffen. Medienarbeit und -bildung müssen inklusiv sein und Mediennutzung barrierefrei.

Um journalistische Arbeit intensiv zu unterstützen, müssen Medienschaffende besser vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt Überwachung geschützt werden. Insbesondere im Bereich des investigativen Journalismus, wo geheime Informationen und zuverlässiger Quellenschutz zentral sind müssen Journalist*innen vor Überwachung geschützt werden.

Während einige Medienunternehmen von den aktuellen Entwicklungen profitieren, kämpfen andere aufgrund von drastischen Werberückgängen um ihre Existenz. DIE LINKE. im Bundestag will Medienvielfalt auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene stärken und staatsfern wie kriterienbasiert fördern. Dazu bedarf es sowohl nachhaltige Journalismusförderungsprogramme wie auch befristete Anschubfinanzierung, die Presseförderung, Online-Journalismus sowie nicht-kommerzielle Angebote besser unterstützen, etwa durch Crowdfunding oder gemeinnützig tätige Vereine. Sinnvoll wäre ein bundesweiter Medienvielfaltsbericht, in dem regelmäßig die Entwicklung auf dem Medienmarkt untersucht und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, damit Markt- und Meinungsmacht zurückgedrängt werden.

Auch muss Jugendschutz im Internet gestärkt. Effektiver Jugendmedienschutz besteht für uns insbesondere in der Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern, Lehrkräften, Kindern und Jugendlichen. Flächendeckende medienpädagogische Angebote können Jugendmedienschutz am effektivsten garantieren. Medienerziehung gehört daher in allen Bildungseinrichtungen auf die Tagesordnung. Medienkompetenzvermittlung spielt aber auch im Alter eine zentrale Rolle, deshalb wollen wir die Landesmedienanstalten stärken.

Und einfach Danke für faire und unabhängige Berichterstattung.

- Ich werde dafür eintreten, dass neue Gemeinschaftseinrichtungen der ARD auch in ostdeutschen Bundesländern angesiedelt werden. Eine starke regionale und lokale Berichterstattung aller bestehenden Rundfunkanstalten muss kontinuierlich gewahrt bleiben.

Ich werde mich für eine breite gesellschaftliche Debatte über notwendige Reformen und den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stark machen. Journalistische Standards in der Medienlandschaft sollen ebenfalls diskutiert werden.

Ich werde mich für die Erstellung eines regelmäßigen bundesweiten Berichts zum Stand der Medienvielfalt und Pressefreiheit einsetzen. Entwicklungen auf dem Medienmarkt sollen untersucht und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Der Jugendschutz im Internet muss verbessert werden. Ich werde mich für flächendeckende medienpädagogische Angebote für Eltern, Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche stark machen. Medienbildung gehört auf die Tagesordnung aller Bildungseinrichtungen.

- Den Forderungen habe ich nichts hinzuzufügen.
- Journalismus ist wichtig für die Demokratie und daher müsste man bessere Bedingungen für Journalist*innen schaffen, um unabhängigen Journalismus zu erhalten.
- Der Rundfunkrat sollte nicht durch die Parteien sondern den Bürger:innen besetzt werden. Eine kritische Bewertung sollte die m.E. häufige "Hofberichterstattung" ablösen.

Wenn stets über den sicher skandalösen Umgang 'der Russen' mit Nawalny berichtet wird darf gleichzeitig der ebenfalls skandalöse Umgang mit Assange/Snowden nicht (mehr oder minder) totgeschwiegen werden.

- Mir ist wichtig, dass gerade der investigative Journalismus in Deutschland nicht eingeschränkt, sondern eher sogar erweitert wird. Auch muss die allgemeine tägliche Nachrichtenübermittlung umfangreicher werden, damit auch Platz für manchmal nicht ganz so wichtige Nachrichten ist.
- Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass die Möglichkeiten zur wirklich kritischen und unabhängigen Berichterstattung ausgebaut werden. Es ist unabdingbar für eine Demokratie, dass die Leitmedien nicht bloß Propaganda für die Regierung machen, sondern sich vor allem auch als kritisches Kontrollorgan für die Politik verstehen. Hier gäbe es viel zu tun, was die Verflechtungen der Rundfunkanstalten mit der Politik angeht.